

## ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT ORDNUNGSPOLITISCH DENKEN

3. EICHHOLZER FACHTAGUNG ZUR ENTWICKLUNGSPOLITIK DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
MIT DEM BUND KATHOLISCHER UNTERNEHMER, WESSELING, 5. BIS 6. MÄRZ 2010

Autos, Maschinen und chemische Erzeugnisse nahmen im Jahr 2009 die Spitzenplätze der deutschen Exportstatistik ein. Aber nicht nur Güter und Produkte „made in Germany“ sind international gefragt: Auch das Interesse am ordnungspolitischen Dialog und der Sozialen Marktwirtschaft hat beachtlich zugenommen. Denn mit den aktuellen politischen Diskussionen, insbesondere beeinflusst durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise, erlebt der weltweite Ruf nach einem „Denken in Ordnungen“ eine Renaissance. Der ordnungspolitische Dialog ist dabei mehr als „nur“ wirtschaftlicher Natur: Er dient auch dort als Türöffner des politischen Meinungsaustauschs zu Rechtsstaat und Demokratie, wo der direkte Zugang zu diesen Themen aus ideologischen Gründen versperrt bleibt. Soziale Marktwirtschaft, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gehen so Hand in Hand und sollten die deutsche Entwicklungspolitik aus Sicht der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in der Zukunft stärker prägen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung und der Bund Katholischer Unternehmer (BKU) luden daher unter dem Motto „Entwicklungszusammenarbeit ordnungspolitisch denken“ vom 5. bis 6. März 2010 zu ihrer dritten gemeinsamen Eichholzer Fachtagung zur Entwicklungspolitik in das KAS-Bildungszentrum Schloss Eichholz. Rund 130 Experten aus Politik, Kirche, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft waren der Einladung gefolgt und diskutierten während des zweitägigen Programms über die Rolle von Zivilgesellschaft und Staat, die Verschränkung von Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungspolitik sowie den Zusammenhang von nachhaltiger Entwicklung und Klimaschutz.

Die Tagung stelle nur wenige Monate nach Beginn einer neuen Legislaturperiode eine gute Möglichkeit dar, die Entwicklungspolitik stärker als bislang ordnungspolitisch zu denken, so Franz Schoser, Schatzmeister der Konrad-Adenauer-Stiftung. Denn, so Marie Luise Dött MdB, Bundesvorsitzende des Bundes Katho-

lischer Unternehmer, in ihrer Begrüßungsansprache, die Kraft des Subsidiaritätsgedankens sei der in den vergangenen Jahren oft ignoriert worden.

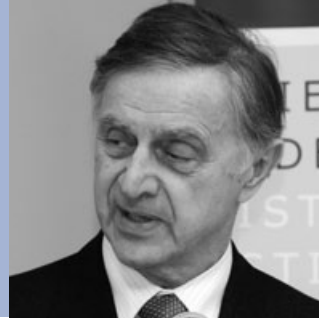
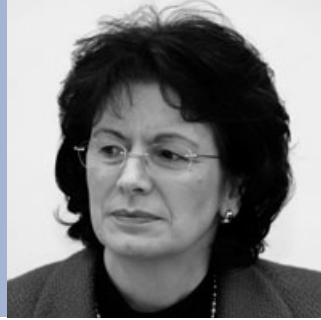
### ETHIK ALS ERFOLGSFAKTOR

Erzbischof Dr. Ludwig Schick betonte die Bedeutung sozialetischer Grundlagen für Korrekturen in der Entwicklungszusammenarbeit. Subsidiarität, Solidarität und allen voran die Personalität, der Respekt vor dem Individuum, sollten als christliche Leitprinzipien den Rahmen entwicklungspolitischen Handelns darstellen.



Erzbischof  
Dr. Ludwig Schick.

Moralisch verankerte Solidarität sei eine unverzichtbare Ressource im Innern eines Staates wie auch nach außen. Es gehe dabei nicht „um Mitleid oder gar Rührung“, sondern um „Verantwortung für das Ganze“. Ohne die Würde aller Menschen im Blick zu haben, gäbe es keine ganzheitliche Ethik. Entwicklungszusammenarbeit verlange daher immer auch die Solidarität mit den Armen. Diese müsse durch eine Partnerschaft auf Augenhöhe, in einer „tugendhaften Treue“, gelebt werden. Dafür notwendig sei die Einhaltung verschiedener Grundregeln wie etwa die Achtung der Menschenwürde, die Bestimmung gemeinsamer Ziele, die Anerkennung der Eigenständigkeit bei gleichsam



*Gudrun Kopp MdB, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; Marie-Luise Dött MdB, Bundesvorsitzende des Bundes Katholischer Unternehmer; Dr. Franz Schoser, Schatzmeister der Konrad-Adenauer-Stiftung.*

gegenseitiger Ergänzung, Rechenschaftspflicht, faire Regeln der Konfliktauflösung und die Akzeptanz von wechselseitigen Konditionalitäten sowie die gemeinsame Verantwortung im Falle eines Scheiterns. Untrennbar verbunden mit dem Ziel, allen Menschen ein würdiges und selbstbestimmtes Leben zu bereiten, sei das Streben nach Frieden und Gerechtigkeit.

#### **KLEINGELD STATT KEIN GELD**

Die Leitgedanken von Erzbischof Schick hätten in der Entwicklungszusammenarbeit sehr tiefe Wurzeln, betonte Holger Haibach MdB, entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Entwicklungspolitik werde heute von den politischen Entscheidungsträgern entsprechend des Subsidiaritätsgedanken als Chancenpolitik für die Entwicklungsländer verstanden. Dies zeige sich etwa durch die Förderung von Mikrokrediten.

Haibach trug mit dieser Einschätzung der spätestens seit dem UN-Jahr des Mikrokredits 2005 und dem Nobelpreis Muhammad Yunus zunehmenden Bedeutung des Instruments Rechnung. In Asien, Afrika, Lateinamerika oder auch Osteuropa entstanden laufend neue Mikrofinanzinstitutionen, die zielgruppen-gerechte Finanzdienstleistungen anbieten und sich bislang als relativ immun gegen die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise erwiesen. Ihre Kundenzahl dürfte die einhundert Millionen mittlerweile überstiegen haben.

Deutschland verfüge laut Marie Luise Dött mit seinen Sparkassen und Genossenschaftsbanken über gute Erfahrungen, die es einzubringen gelte. Yunus habe nicht umsonst die Raiffeisenbanken einmal als Großväter der Grameen Bank bezeichnet.

Solche Entwicklungen anerkennend liege das Hauptaugenmerk der neuen Führung des Bundesministeriums

für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vor allem in der nachhaltigen Wirtschaftsförderung, so Gudrun Kopp MdB, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Entwicklungspolitik heiße daher im Kern „Voraussetzung dafür schaffen, dass Menschen ihr wirtschaftliches Potenzial entfalten können, um sich so aus der Armut zu befreien.“ Kopp sprach sich für eine Ausweitung von *Public Privat Partnerships*, verbesserte Bürgschaftsinstrumente der Bundesregierung, faire Handelsbedingungen, etwa durch eine Unterstützung der „Aid for Trade Initiative“, und wirtschaftspolitische Beratungen von Regierungen in den Partnerländern aus. Das BMZ solle in einer „Scharnierfunktion“ dazu beitragen, dass Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit stärker als bislang ineinandergreifen würden.

#### **INTERNATIONAL AUFGESTELLT**

Für eine engere Verzahnung seien aber die deutschen Auslandvertretungen in den Entwicklungsländern bislang nicht ausreichend gut aufgestellt, gab Hartwig Fischer MdB, Leiter des Arbeitskreises Afrika der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zu bedenken. Botschafter anderer Länder würden intensiver auch Kontakte mit ihrer heimischen Wirtschaft herstellen. Heiko Schwiderowski, Referatsleiter Afrika südlich der Sahara/Entwicklungspolitik beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag, kündigte in diesem Kontext die Neueröffnung von Delegiertenbüros in Angola, Ghana und Kenia an, die die bisher einzige Dependence in Nigeria ergänzen würden. Er betonte den Projektcharakter der Neugründungen und verwies dabei auch auf die geringe finanzielle Ausstattung der neuen Außenhandelskammern. Gleichzeitig brachte er seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die Finanzspielräume für Projekte in Zukunft wachsen würden. Deutschland müsse hier aufholen und solle, so Fischer, im Rahmen seiner Au-



Benwirtschaftspolitik auch die komparativen Vorteile des an bestimmte sozialetische Grundwerte orientierten Engagements betonen. Den Partnerländern würden so stets die Unterschiede zwischen dem deutschen Engagement und etwa dem der Chinesen erkennbar sein. Schwiderowski warnte aber davor, deutschen Unternehmen andere Standards vorzugeben, als sie von den afrikanischen Regierungen für ihre eigenen Unternehmen gesetzt würden und leitete damit im Publikum eine angeregte Diskussion ein.

Deutschland, so forderte Fischer, müsse sich künftig auch genauer überlegen, ob seine Unterstützung in einem bestimmten Land eigentlich gebraucht werde und was es selbst dort erreichen wolle. Frank Gotthardt, stellvertretender Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, sprach diesbezüglich an anderer Stelle auch von „mehr Mut zum Eigennutz“ und der stärkeren Verbindung von Eigen- und Nächstenliebe im Sinne des Vortrags Schicks. Ein fairer Handel setze immer zwei Partner voraus, die einen „Doppelnutzen“ zu generieren versuchen. Dies führe, so Fischer weiter, zwangsläufig auch zu einer Reduzierung der Partnerländer. Solche Überlegungen müssen sich auch deutsche Unternehmen stellen: Gerade kleine und mittelständische Unternehmen verfügten nicht über das Maß an Unabhängigkeit und Marktmacht wie große Unternehmen, denen es leichter fiele, sich auf den vorhandenen rechtlichen Rahmen (Investitionsschutz/Arbeitsrecht) in diesen Ländern zu verlassen bzw. die eher ihre Standpunkte durchsetzen können.

Dabei sei der Mittelstand besonders geeignet für breitenwirksames Wachstum, ergänzte Bruno Wenn, Sprecher der Geschäftsführung der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft, in seinem Beitrag. Leider fehle es gerade in Afrika an kleinen und mittelständischen Unternehmen. Die Gründe dafür seien fehlende bzw. verlässliche rechtliche Rahmen-



*Prof. Dr. Peter Molt,  
Universität Trier.*



*Prof. Dr. Winfried Pinger,  
Leiter des Arbeitskreises  
Unternehmerische Entwicklungs-  
zusammenarbeit des Bundes  
Katholischer Unternehmer.*



*Holger Haibach MdB,  
Entwicklungspolitischer  
Sprecher der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion.*



*Ulrich Post,  
Vorstandsvorsitzender VENRO.*



bedingungen und eine geringe Anzahl von Finanzierungsinstrumenten. Marie-Luise Dött hob in ihrem Beitrag diesbezüglich auch die Rolle der AGE (Arbeitsgemeinschaft Entwicklungspolitik) der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft heraus, die sich um den Aufbau mittelständischer Strukturen in Entwicklungsländern bemühe. Auch für den deutschen Mittelstand böten sich in den Entwicklungsländern gute Perspektiven. Allerdings brauche es in der Regel bekannte Ansatzpunkte oder Anker, um in einem Entwicklungsland unternehmerisch tätig zu werden. Deshalb sei es von besonderer Bedeutung, die „Trüffelschweine“ oder Pioniere des deutschen Mittelstandes zu finden, die bereit seien, sich in Entwicklungsländern zu engagieren und sich dort bietende Perspektiven zu erschließen.

#### **NEUE AKTEURE – NEUE ANFORDERUNGEN**

Verschiedene Vortragende kritisierten, dass immer noch zahlreiche Vorbehalte gegenüber der Privatwirtschaft bestünden. Ihnen werde, so Wenn, immer noch vor allem Steuervermeidung und einseitiges Profitinteresse unterstellt. Aber die Realität habe gezeigt, dass es letztlich Unternehmen sind, die nach-

haltige, profitable Arbeitsplätze schaffen und sinnvolle Ausbildung anbieten können. Gerade aufgrund dieser Erfahrungen müsse die Soziale Marktwirtschaft nicht nur Leitbild des deutschen Wirtschaftssystems, sondern auch Orientierungshilfe der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sein. Dazu, so Volkmar Klein MdB, Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises Nordrhein-Westfalen, gelte es, in den Ländern des Südens eigene Initiativen und eigene unternehmerische Entwicklung stärker als bisher zu unterstützen. Volkmar Kleins Forderungen erinnerten einen dabei an die Ausführungen des erst kürzlich verstorbenen indischen Ökonomen C. K. Prahalad, der sich mit innovativen Geschäftsmodellen zur Beseitigung der Armut in der EZ einen Namen machte, davon überzeugt, dass die nächste innovative Revolution von Unternehmen aus Schwellen- und Entwicklungsregionen ausgehen werde. Heute noch arme Länder seien die Brutkästen für neue Wirtschaftsmodelle und Technologien. Deutschland solle solche Entwicklungen durch die Schaffung von Rahmenbedingungen befördern, mit gutem Beispiel vorangehen, dabei aber Blaupausenkonzepte vermeiden, so Klein.



Durch das Scheitern der Doha-Verhandlungen sind die Bedingungen des freien Handels und die Öffnung der Märkte in vielen Ländern nicht gegeben. Dabei würden diese einen Anschluss ärmerer Entwicklungsländer an die Industrie- und Schwellenländer erleichtern. Denn auch wenn Handel keine Garantie für Wachstum ist, gilt er doch als weltweiter Katalysator für Beschäftigung und Wohlstand. Während viele Globalisierungsskeptiker sich in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise in ihren schlimmsten Befürchtungen über die Folgen der wirtschaftlichen Liberalisierung für arme Länder bestätigt sahen, scheint es doch, als machten sich die Integration in die Weltwirtschaft und die strukturellen Reformen vor der Krise heute für viele Länder bezahlt. Vor allem die großen Schwellenländer erwiesen sich als widerstandsfähig und gaben dem stotternden Motor der Weltwirtschaft Auftrieb. Dass die Welt sich gewandelt hat, belegte auch das G20-Treffen im amerikanischen Pittsburgh vergangenen Herbst. Schwellenländer diskutierten zunehmend selbstbewusst und auf Augenhöhe mit den Industriestaaten über Wege aus der Krise. Schon heute ist China der wichtigste Handelspartner des afrikanischen Kontinents. Unternehmen aus aufstrebenden Schwellenländern wie China, Indien und Brasilien liefern sich bereits Wettläufe um interessante Optionen in Entwicklungsländern. Deutschland dürfe hier den Anschluss nicht verlieren, eine Ausweitung des Handels mit Entwicklungsländern liege auch in seinem eigenen Interesse, erklärte Birgit Schnieper-Jastram MdEP, stellvertretende Koordinatorin des Entwicklungsausschusses im Europäischen Parlament. Die Europaabgeordnete forderte die europäischen Staaten auf, sich angesichts des verstärkten chinesischen Engagements in Afrika stärker als bislang als echter Partner zu präsentieren. Sie täten gut daran, gemeinsam voranzuschreiten, konkret Alternativen zu bieten, Angebote zu unterbreiten und neues Vertrauen aufzubauen.



*Frank Gotthardt,  
stellvertretender Bundes-  
vorsitzender der Mittelstands-  
und Wirtschaftsvereinigung  
der CDU/CSU.*



*Bruno Wenn,  
Sprecher der Geschäftsführung  
der Deutschen Investitions-  
und Entwicklungsgesellschaft.*



*Martin J. Wilde,  
Geschäftsführer des Bundes  
Katholischer Unternehmer.*



*Hartwig Fischer MdB,  
Leiter des Arbeitskreises  
Afrika der CDU/CSU-Bundes-  
tagsfraktion.*



*Heiko Schwiderowski,  
Referatsleiter Afrika südlich der  
Sahara/Entwicklungspolitik beim  
Deutschen Industrie- und Han-  
delskammertag.*

*v.l.n.r.: Volkmar Klein MdB, Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises Nordrhein-Westfalen; Birgit Schnieber-Jastram MdEP, stv. Koordinatorin des Entwicklungsausschusses im Europäischen Parlament; Frank Spengler, stv. Leiter der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung; Dr. Christian Ruck MdB, stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; Harald Leibrecht MdB, entwicklungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion.*



In der Verbindung der nationalstaatlichen mit der europäischen Entwicklungszusammenarbeit bestehe allerdings noch Koordinationsbedarf, gab Christian Ruck, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, anschließend zu bedenken. Dieser verlange auch, dass auf nationaler Ebene die eigenen Perzeptionen von Entwicklung geschärft würden. Deutlicher als bisher müssten die Staaten sich den Fragen nach entwicklungspolitischen Zielen und deren tatsächlicher Erreichbarkeit stellen. Deutschland solle sein Engagement nicht im Rahmen zu vieler multilateraler Maßnahmen verstecken, forderte auch Harald Leibrecht MdB, entwicklungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Besonders wichtig sei es, mit den Menschen vor Ort über realistische Erwartungen zu sprechen und das Wort Demokratieförderung mit Inhalt zu füllen, statt es einfach als Deckmantel für eine Fülle von Maßnahmen zu verwenden. Dazu bedürfe es auch verstärkter Investitionen in Bildung. Unser Demokratiemodell, so Volkmar Klein ergänzend, solle anderen Staaten nicht übergestülpt werden, könne aber als gutes Beispiel dienen.

Es gehe nicht darum, nur Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, sondern vielmehr die Freiheit zu schaffen, diese auch tatsächlich in Anspruch zu nehmen, ergänzte Ruck. Die Schaffung von funktionierenden internationalen Rahmenbedingungen sei dafür *conditio sine qua non*. Die Welthandelskonferenzen von Doha und der Klimagipfel von Kopenhagen hätten gezeigt, dass das jetzige Handlungsregime globale Probleme bislang nicht zu lösen vermag. In Kopenhagen etwa seien „die EU, aber auch die UNO, als Schrittmacher in der Klimapolitik (...) vollkommen marginalisiert“ worden, ergänzte Dr. Bernd Eisenblätter, Sprecher der Geschäftsführung der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ).

## **KLIMASCHUTZ – HERAUSFORDERUNG UND CHANCE**

Mit dem Klimathema trete eine neue entwicklungspolitische Herausforderung auf die politische Bühne, die klassische Felder der Entwicklungszusammenarbeit zwar nicht verdränge, aber doch erweitere, so Marie-Luise Dött in ihrer Funktion als umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Nur durch die Bekämpfung der Armut könne es gelingen, die Auswirkung des Klimawandels auf die ärmsten Länder der Welt möglichst effektiv abzufedern. Dominik Ziller, Beauftragter für den Haushalt im BMZ, äußerte jedoch die Befürchtung, dass der in den Medien derzeit sehr präsente Klimawandel und seine Folgen das Thema Armutsbekämpfung in den Hintergrund drängen könnte. Das betreffe vor allem die ärmsten Länder, für die das Thema Umwelt- und Klimaschutz nicht zu einem Entwicklungshemmnis werden dürfe, mahnte Dött. Natürlich sei Klimaschutz aber auch Entwicklungspolitik. Laut aktuellem Weltentwicklungsbericht der Weltbank zeichnet sich eine kluge Klimapolitik vor allem dadurch aus, dass Entwicklung gefördert und Verwundbarkeiten vermindert würden. Durch entsprechende Maßnahmen, so Dött, könnten etwa Flüchtlingsströme vermieden und technisches Know-how und Technologie in die Entwicklungsländer vermittelt werden. „Klimapolitik ist inzwischen zu einem wichtigen Feld der internationalen Machtpolitik geworden“, ergänzte Eisenblätter. Da die Politikfelder zunehmend ineinander greifen würden, gebe es kein „Entweder-Oder“ mehr. Wichtig sei es daher vornehmlich, die Entwicklungspolitik anschlussfähig an andere Politikbereiche, wie etwa Klima- oder auch Sicherheitspolitik, zu machen. Zu Zielkonflikten könne es dennoch kommen, zum Beispiel im Bereich der Wasserversorgung. In den Vereinigten Arabischen Emiraten beispielsweise sei der Grundwasserspiegel in der Vergangenheit dramatisch abgesunken. Das Trinkwasser



würde nun über äußerst energieintensive Meerwasserentsalzungsanlagen gewonnen und der Überschuss in den Boden injiziert werden, um den Grundwasserspiegel zu stabilisieren. Die Wasserversorgung hätte hier Vorrang vor klimapolitischen Zielen so Eisenblätter, der mit dem Beispiel schon vorhandene Konflikte illustrierte und sich für „Fall-zu-Fall Lösungen“ aussprach.

Andreas Freytag, Professor für Wirtschaftspolitik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, betonte ebenfalls die Notwendigkeit, Entwicklungsprobleme stärker als bislang vernetzt wahrzunehmen. So wäre etwa das Problem der Regenwaldabholzung besonders dort gravierend, wo es ein hohes Maß an Korruption gebe. Die Abholzung korreliere positiv mit dem Korruptionsindex. Andere Studien wiesen eindeutig auf die positive Korrelation von Biodiversität und Tourismus hin. Dies mache deutlich, dass es einen Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie nicht gebe, so Freytag.

Da Armutsbekämpfung immer auch mit Industrialisierung einherginge, sei es heute eine dringliche Aufgabe der Entwicklungspolitik, institutionelle Strukturen für eine klimafreundliche wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen, so Marie Luise Dött. Darin liege eine große Zukunftschance für die Entwicklungsländer. Der von Gudrun Kopp geforderte „Export moderner, umweltfreundlicher Technologien“ als Beitrag zum Klimaschutz verdeutlichte ebenfalls die enge Verzahnung von Wirtschaft und Entwicklung auf der einen sowie Entwicklung und Klima auf der anderen Seite.



*Prof. Dr. Andreas Freytag,  
Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik,  
Friedrich-Schiller-Universität  
Jena.*



*Dominik Ziller,  
Beauftragter für den Haushalt  
im Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung.*



*Marie-Luise Dött MdB,  
Umweltpolitische Sprecherin der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion.*



*Dr. Bernd Eisenblätter  
Sprecher der Geschäftsführung  
der Gesellschaft für Technische  
Zusammenarbeit (GTZ).*



## DIE GRENZEN DES STAATES

Doch auch wenn sich Staaten nachhaltig für Entwicklung einsetzen, sei dies nicht ausreichend, so Ruck, der mit dieser Feststellung inhaltliche Unterstützung auch von Peter Molt, Professor an der Universität Trier, erhielt. Oft, so Molt, sei die Zusammenarbeit von Staaten nicht der beste Weg hin zu mehr Entwicklung. Wie der neue *Bertelsmann Transformation Index* zeige, sei unser Ziel, gute Regierungsführung durchzusetzen, noch immer von vielen Illusionen getragen. In Afrika gebe es viele Beispiele dafür, dass politische Prioritäten einer erfolgreichen Umsetzung von Entwicklung im Wege stehen. Häufig werde Subsidiarität von den Verantwortlichen dort in bequemer Weise als ein Abnehmen von Arbeit missverstanden, wohingegen die Menschen zum Beispiel in Südostasien von vornherein viel geringere Erwartungen an den Staat hätten. Während sich Molt in seinem Beitrag daher für stärkere Konditionalitäten aussprach, sah der Vorstandsvorsitzende von VENRO (Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.), Ulrich Post, in ihnen jedoch kein automatisches Erfolgsrezept für gute Regierungsführung, vor allem nicht dort, wo die Staatlichkeit noch heute fragil sei. Hier sei Entwicklung nur über die Förderung der Zivilgesellschaft möglich.

Diese Einschätzung wurde auch von Gudrun Kopp geteilt. Nur eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft könne „Veränderungen aus der Mitte der Gesellschaft“ heraus erzeugen. Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen und Kirchen spielten heute auch bei der Schaffung von Rahmenbedingungen eine herausragende Rolle, meinte auch Haibach. Die Neugewichtung des Haushalts 2010 würde dies mit Zahlen untermauern.

Die in den Diskussionen gewonnen Erkenntnisse bestärken die Konrad-Adenauer-Stiftung darin, einen ordnungspolitischen Kompass für die Entwicklungszusammenarbeit weiterzuentwickeln, da das „Ende der Geschichte“, zumindest hinsichtlich des Ringens um die globale Wirtschaftsordnung, von dem Francis Fukuyama spricht, noch lange nicht erreicht scheint.



### Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Rathausallee 12  
53757 Sankt Augustin

### Text

Sabine Gerhardt, Dr. Michael Lange, Dr. Helmut Reifeld, Stefan Reith

### Redaktion

Sabine Gerhardt

### Fotos

Harald Odehnal

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.*

© 2010

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,  
Sankt Augustin/Berlin

ISBN 978-941904-64-4

[www.kas.de](http://www.kas.de)